

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Ersteinst Verlags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Verlagspreis: Monatlich 5 Mark. Einzelne Nummern 20 Pfennig.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 2126 — Schriftleitung Nr. 14674.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein- gelandt 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatskassen und der Landeskulturzentralbank, Jahresbericht und Rechnungsab- schluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufskarte von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 300

Dresden, Sonnabend, 29. Dezember

1923

Die dritte Steuernotverordnung. Enteignung der Hypothekengläubiger.

Berlin, 29. Dezember.

Die Reichsregierung hat sich bereit, mitzuteilen, daß die (nach von uns gebachten) Angaben über den Inhalt der dritten Steuernotverordnung einem vorläufigen Entwurf entnommen seien. Ein Beschluß des Reichstages über diesen Entwurf liegt noch nicht vor, es sei auch damit zu rechnen, daß dieser Beschluß nicht unwesentlich vom Text des vorliegenden Entwurfs abweichen würde.

Leider enthält diese Mitteilung keine Angabe, worin die zu erwartenden Änderungen bestehen sollen. Die Abweichungen von dem ursprünglichen Entwurf sind nämlich ausnahmslos erhebliche Verschlechterungen und können demnach nur die härtesten Bedenken werden. Der den Ausgangspunkt der Verordnung bildende Gedanke, eine Aufwertung der Hypothekenschulden nicht zuzulassen und den den Schuldner daraus erwachsenden erheblichen Wertverlustgewinn für Zwecke der Allgemeinheit in Anspruch zu nehmen, ist keineswegs undenkbar. Besonders wenn die Wertsteigerung sich in erträglichen Grenzen hält, die dadurch gewonnenen Mittel für Neubauten, für Reparaturzwecke, als Unterstützungsmittel für die schwächsten Mieter und für lebensnotwendige Zwecke des Reiches und der Länder Verwendung finden würden, könnte ein auch für die Arbeiter, Angestellten und Beamten erträglicher Weg gefunden werden. Aber davon ist jetzt noch kaum die Rede.

Weder für Reparaturzwecke noch für Neubauten, noch für Unterstützung der schwächsten Mieter soll Geld zur Verfügung gestellt werden. Nur ein geringer Teil der Wertsteigerung soll Reich und Ländern zufließen. Dagegen soll der Hausbesitzer 50 Prozent der Wertsteigerung erhalten, und dieser Anteil soll Vorrang haben vor dem der Länder und des Reiches. Noch schlimmer ist die Regelung bei den Schulden von Industrie und Landwirtschaft. Von dem Gewinn, den die Industrie, infolge der Entwertung ihrer Schulden, gemacht hat, soll sie in 21 Monaten nur 10 Prozent als Steuer zahlen, die Landwirtschaft aber überhaupt nicht. Der überschuldete Grundbesitzer wird also mit einem Schlag aller Schulden ledig.

Die finanzielle Wirkung dieser Maßnahmen geht aus folgenden Angaben hervor:

Die Kriegsschulden der Industrie betragen 4—4½ Milliarden Goldmark, die der Landwirtschaft 15—20 Milliarden Goldmark, die des städtischen Hausbesitzes etwa 30 Milliarden, insgesamt also 50—55 Milliarden Goldmark. Der Industrie werden 24 Milliarden, der Landwirtschaft 15 bis 20 Milliarden, dem städtischen Hausbesitz ebenfalls rund 15 Milliarden geschenkt. Dafür werden alle Hypothekengläubiger billig enteignet, die Mieter von städtischen Grundstücken mit der Mietssteuer belastet.

Die Friedensmiete betrug insgesamt rund 5 Milliarden Goldmark im Jahre. Gegenwärtig werden im Durchschnitt des Reiches etwa 20 Prozent der Friedensmiete, gleich 1 Milliarde Goldmark, erhoben.

Wird die volle Friedensmiete hergestellt, so ist das eine Belastung der städtischen Mieter um insgesamt 4 Milliarden Goldmark; wird nur 80 Prozent der Friedensmiete festgelegt, so ist das eine Belastung von 3 Milliarden Goldmark. Reich und Länder sollen von diesen Beträgen die Hälfte, also 1,5 bzw. 2 Milliarden Goldmark erhalten.

Was bedeutet diese Summe? Die Einkommensteuer der Veranlagungspflichtigen dürfte im Jahre 1924 einen Betrag von 400 Millionen Goldmark bringen. Die Erbschaftsteuer ist mit 30 Millionen Goldmark veranschlagt, die Vermögenssteuer mit 340 Millionen Goldmark. Alle drei Steuern zusammen bringen also beinahe einen Betrag von 770 Millionen Goldmark. Der an Reich und Länder aus der Mietssteuer fließende Betrag ist also zwei- bis dreimal so hoch als die drei wichtigsten Steuern, die, nach den Worten

des Finanzministers Luther, „brutale Steuern“ sind. Die Mietssteuer beträgt selbst das Anderthalbfache des Gesamttrages der Umsatzsteuer!

Bei dieser Sachlage kann man nur dringend wünschen, daß die Reichsregierung sich ihre Entschlüsse auf das ernste überlegen möge. Es ist auch dringend zu empfehlen, sich zu fragen, ob es zweckmäßig ist, die dritte Steuernotverordnung mit ihren das ganze politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands auf Jahre hinaus so einschneidend beeinflussenden Problemen auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes zu regeln. Die sozialdemokratische Fraktion hält diesen Weg nicht für gangbar. Beschreitet die Regierung ihn trotzdem, so wird sie damit rechnen müssen, daß der Reichstag sich mit der Verordnung nachträglich beschäftigt und sie eventuell aufhebt.

Poincarés erfolgreiche Bündnispolitik.

„Philosophie der europäischen Politik.“

Paris, 28. Dezember.

Bei dem von Poincaré mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benesch vereinbarten Vertragstexten, dessen Ziel angeblich „die Erhaltung der neuen Ordnung“ in Europa sein soll, handelt es sich, wie als sicher anzunehmen ist, in erster Linie um einen Vertrag, der durch das Ergebnis der englischen Unterhauswahlen hervorgerufen worden ist. Tatsächlich besteht in maßgebenden politischen Kreisen Englands ernsthaft die Absicht, eine Änderung der bisherigen Außenpolitik vorzunehmen, die nicht ohne Rückwirkung auf das englisch-französische Bündnis bleiben dürfte. Frankreich sucht seine Nachstellung deshalb vorzeitig durch Verträge auf dem Kontinent zu sichern. Die Mitteilungen, welche die Pariser Presse, besonders der offiziöse „Temps“ über den Inhalt des Vertrages gemacht hat, lassen über seine Richtung und Bedeutung keinen Zweifel. Der „Temps“ spricht von einer „Philosophie der europäischen Politik“, die dem Vertrag zugrunde liegt. Eine Militärkonvention ist angeblich nicht beabsichtigt, doch geht der „Temps“ in seiner Offenheit so weit, daß er einräumt, die beiden Generalstabe würden in Verbindung bleiben. Man geht also nicht fehl, wenn man geheime militärische Abmachungen als vorhanden ansieht, was ja bei dem Charakter des Vertrages eine Selbstverständlichkeit ist, was man nur nicht offen zugeben will, weil dies der Ideologie des Völkerbundes widerspricht.

Der neue Bündnisvertrag ist von der französischen Politik aus gesehen weder eine Liberalisierung noch eine Umwälzung. Mit der Bildung der kleinen osteuropäischen Staaten, die aus dem früheren Körper Rußlands und Österreichs herausgeschnitten wurden, hat Frankreich die Politik der militärischen Einkreisung Deutschlands begonnen, die es nun zielbewußt fortsetzt. Mit Polen hat es eine Militärkonvention geschlossen, die aus dem polnischen Heere ein Hilfskorps gegen Deutschland macht. Nun wird auch die Tschechoslowakei in dieses System eingegliedert, sodas Frankreich nur auf den Knopf zu drücken braucht, wenn es eines Tages, aus eigenem Willen oder durch internationale Verwicklungen veranlaßt, gegen Deutschland marschieren will.

Auch mit Rußland soll man sich „verföhnen“.

Paris, 28. Dezember.

Der Vertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei wird hier als eine große Erregung empfunden. Hier und da werden allerdings Bedenken laut, daß er nicht ganz mit den Völkerbundsstatuten im Einklang stünde. Daraus wird erwidert, daß Benesch selbst Mitglied des Völkerbundes sei und aus diesem Grunde nichts unterzeichnen werde, was den Interessen des Bundes zuwiderläufe. Der Vertrag soll

Berlin, 29. Dezember.
In der für heute anberaumten Sitzung des Reichstages wird voraussichtlich die dritte Steuernotverordnung beraten werden und damit gleichzeitig die vielumstrittene Frage der Auslösung der Renten an die Friedensmieten, sowie die Besteuerung der Hypotheken und Obligationen. Wahrscheinlich wird auch die Weiterzahlung der Besatzungskosten erörtert werden. Finanzminister Dr. Luther soll den Standpunkt vertreten, daß, angesichts der schwierigen Finanzlage des Reiches, die Besatzungskosten zurzeit nicht weitergezahlt werden können. Da diese Frage jedoch nicht allein vom finanziellen Gesichtspunkte aus betrachtet werden kann, steht hier die Reichsregierung vor einer schwerwiegenden und unter Umständen folgenschweren Entscheidung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie

beschließen wird, trotz aller Not die Besatzungskosten weiterzuzahlen, soweit es irgend möglich ist. Hier würde unter Umständen die Gefahr eines Konfliktes liegen, da es denkbar wäre, daß der Reichsfinanzminister aus einer von seiner Ansicht abweichenden Haltung der Reichsregierung die Konsequenzen zöge.

Die Bevormundung Thüringens. Die Tätigkeit der „zweiten Reichskommission“.

Berlin, 29. Dezember.

Aber die Vorgänge, die zur Einsetzung der zweiten Reichskommission für Thüringen führten, erfahren wir folgendes: In der vergangenen Woche hatte die Reichsregierung eine Kommission, bestehend aus dem Reichskommissar Kuenze, Ministerialrat Rende vom Justizministerium und

übrigens eine Klausel enthalten, die vorschreibt, daß er dem Völkerbund unterbreitet werden soll. „Zeit Parisien“ erklart in dem Fehlen aller militärischen Abmachungen einen Beweis der Friedensliebe beider vertragsschließenden Teile.

In diesem Zusammenhang müßte es etwas eigenartig an, daß daselbst die Tschechoslowakei im Herbst, das tschechoslowakische Heer sei ein Hund der französischen Armee. Ein französischer Hund an seiner Spitze, und hierin liege eine Gewähr dafür, daß bei gemeinsamer Gefahr auch eine gemeinsame Aktion gesichert sei. Die französische Presse ist der Ansicht, daß die kleine Entente, der Polen durch das Bündnis mit Rumänien indirekt angehöre, nunmehr den Anschluß an die große Entente gefunden hat. Hierdurch werde die Macht und der Einfluß Frankreichs auf ganz Mittel- und Europa ausgedehnt und Deutschland weiter abgegrenzt. Der „Main“ fordert im Hinblick auf die bevorstehende Anerkennung Sowjet-Rußlands, daß Frankreich und die Tschechoslowakei hier England zu unterstützen sollten. Man glaubt, daß Benesch sich die Veröhnung mit Rußland zum Ziele gesetzt haben.

Die Auffassung in England.

London, 28. Dezember.

Die Londoner politischen Kreise betrachten das Bündnis zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei mit größter Beforgnis. Man bedauert, daß sich die Tschechoslowakei mit diesem Vertrage in einen schmerzhaften Gegensatz zu Deutschland stelle. Man rechnet damit, daß Polen durch die rumänische Unterstützung in die kleine Entente aufgenommen werden würde. Diese Aufnahme würde aber keine Stärkung der kleinen Entente, sondern im Gegenteil deren Verfall bedeuten. Zwischen Polen und der Tschechoslowakei werde ein harter Kampf um die Führung in dem Bunde entbrennen, der zu dessen Ende führen müsse. Unter polnischer oder rumänischer Führung würde dann ein Hund der russischen Grenzländer entstehen, während die Tschechoslowakei mit Jugoslawien zusammen eine französisch orientierte Gruppe bilden würden, der sich vielleicht später Ungarn und Griechenland anschließen dürften. Aus finanziellen Gründen werde sich die polnisch-rumänische Gruppe an England anlehnen müssen.

Ausfluß Griechenlands an die kleine Entente.

Rom, 28. Dezember.

Die angetündigte Rückkehr Benicelos' übertrifft hier keineswegs; wird aber sehr aus- merksam verfolgt. Kom traut nicht ihrem angeblich vorübergehenden Charakter, hat viel- mehr Anhaltspunkte, daß Benicelos in

Paris mit Majar, Benesch und dem König von Serbien unter den Augen des Quai d'Orsay weitgehende politische Besprechungen gepflogen, die den Ausfluß Griechenlands an die kleine Entente herbeiführen könnten. Die Möglichkeit, daß die kleine Entente ihre Front von der Adria zum Ionischen Meer verlagert, außerdem ihren Italien feindlichen Charakter härter betont, muß hier beunruhigen. Jedenfalls aber rechnet Italien nach Benicelos' Wiederaufstehen mit einem verstärktem Widerstand in der Adria und im östlichen Mittelmeer.

Die Kritik, die der Leitartikel des Pariser „Temps“ an Mussolinis Innenpolitik übt, verstimmt die leitenden Persönlichkeiten und ruft gereizte Antworten in der italienischen Presse hervor. In der Tribuna“ meint der bekannte, Mussolini nahegehende Politiker Ragnano, Frankreich wolle durch die Kritik der italienischen Innenpolitik auf die italienische Außenpolitik drücken. Ähnlich äußert sich die „Dea Nazionale“, der „Temps“ wolle Italien für seine Mittelmeerpolitik bestrafen. Ten Sturjos „Popolo“ erklart in Poincarés Weisheitsreden das Eingekündnis der französischen politischen und wirtschaftlichen Hegemonialpläne, deren progressive Verwirklichung die italienischen Interessen auf das schwerste bedrohe, wie Tanger und Tunis beweisen.

Die Aussichten der Sachverständigen- auschüsse.

London, 28. Dezember.

Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge wird der Reparations- ausschuss etwa Mitte Januar zusammentreten. Nach dem, was in britischen, englischen und italienischen Finanzkreisen verlautet, seien die Aussichten auf einige gute Ergebnisse des zweiten Sachverständigenausschusses, der sich mit der deutschen Kapitalflucht nach dem Auslande befassen soll, keineswegs so hoffnungslos, wie angenommen wird. Wenn der Ausschuss unter der Annahme vorgehen sollte, daß die Konfiskationspolitik das Ziel der alliierten Regierungen sei, so würden sich die Arbeiten als fruchtlos erweisen, da ein solches Vorgehen durch die allgemeinen Gesetze der meisten in Betracht kommenden Länder ausgeschlossen sei; aber die Sachverständigen der obenerwähnten Länder hätten keinerlei derartige Absichten. Sie seien vielmehr der Ansicht, daß den Interessen sowohl der Alliierten als auch Deutschlands selbst am besten gedient sein werde, solche Maßnahmen auszuarbeiten, die die freiwillige Rückkehr nach Deutschland eines großen Teils des ausgeführten Kapitals veranlassen würden, um das Reich mit Arbeitskapital zu versehen, das im Augenblick fehlt und dessen Mangel infolge der inneren und äußeren unsicheren Verhältnisse ein Hauptmerkmal des augen- blicklichen finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands sei.